



Um die Kontrolle der Strassen von Port-au-Prince zu sichern, ist den Gangs jedes Mittel recht. RALPH EROL / REUTERS

## Haiti ist ein Albtraum – und Hilfe nicht in Sicht

*Die Karibikinsel Haiti erlebt einen schleichenden Völkermord. Sie ist die Geisel von Gewalt und Anarchie, Misswirtschaft und Korruption. Aber die internationale Gemeinschaft schaut weg. Gastkommentar von Hans Christoph Buch*

Der Begriff der Macht bzw. der «Machtpolitik» ist zumindest im Westen zunehmend obsolet geworden. Nationale wie auch internationale Politik muss, dies die Überzeugung, kooperativ sein und auf gegenseitigem Verständnis und Respekt gründen. Für Macht als Potenzial, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen (Max Weber), ist dabei kein Platz mehr. Höchstens in ihrer diluierten Ableitung, als «soft power», darf Macht mittels der Überzeugungskraft ideeller Werte noch konsensual homöopathische Wirkung entfalten.

Dabei ging vergessen, dass Macht im Weberischen Sinne moralisch neutral ist: Sie kann auch erforderlich sein, um altruistische Ziele durchzusetzen – etwa, um einen Aggressor zum Frieden zu zwingen. Diese Tatsache hat uns der russische Angriffskrieg jäh in Erinnerung gerufen. Als Folge sind in Europa insbesondere im militärischen Bereich liebgewonnene Überzeugungen ins Wanken geraten. Der aufwendige Unterhalt einer Armee, die nötigenfalls auch «hard power» projizieren kann, gilt nicht länger als ein Relikt aus dem Kalten Krieg. Entsprechende finanzielle Ressourcen werden selbst von ehemals dezidiert pazifistischen Kräften wie den deutschen Grünen gefordert.

Nun war aber die (direkte) westliche Reaktion auf den russischen Angriff gerade nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Natur. Trotzdem ist eine analoge Neubeurteilung der Rolle der Wirtschaft in der sich verdüsternden geopolitischen Grosswetterlage bisher ausgeblieben. Vielmehr wird die Fähigkeit des Westens, im Konfliktfall zum Schutz der eigenen Werteordnung effektive Wirtschaftssanktionen ergreifen zu können, weiterhin als selbstverständlich vorausgesetzt, ebenso wie die Bereitschaft privater Unternehmen, sich diesen Sanktionen anzuschliessen.

Aber weder das eine noch das andere versteht sich von selbst. Wirksame Sanktionen setzen wirtschaftliches Potenzial voraus. Diesbezüglich besteht zwar weiterhin eine relative westliche Vorrangstel-

## Militärische Stärke allein reicht nicht

*Die direkte Reaktion des Westens auf die russische Invasion in der Ukraine war wirtschaftlicher Natur. Dass private Unternehmen Sanktionen mittragen, gilt als selbstverständlich. Doch die Eigentumsverhältnisse privatwirtschaftlicher Akteure diktieren zunehmend deren Verhalten in politischen Konflikten. Gastkommentar von Lorenz Langer*

lung, doch ist sie weit weniger eindeutig und nachhaltig als etwa während des Kalten Kriegs, dessen Ausgang sie noch entscheidend beeinflusste. Die im Anschluss gehegte Hoffnung, dass die Globalisierung durch ökonomische Interdependenzen eine stabile Ordnung schaffen kann, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr entstanden neu westliche Abhängigkeiten ausgerechnet gegenüber autokratischen Systemen – von Russland im Energiebereich, von China bezüglich Lieferketten und durch den selektiv gewährten Zugang zum chinesischen Markt.

Parallel dazu verschärfte sich auf mikroökonomischer Ebene die Konkurrenz für westliche

Bei seinem Kanada-Besuch bat Papst Franziskus im Namen der Kirche um Vergebung für an den Ureinwohnern begangene Menschenrechtsverletzungen. Er sprach von einem Genozid, dem 4000 von ihren Eltern getrennte indigene Kinder seit Einführung der Schulpflicht für Indigene zum Opfer fielen.

Das ist viel und doch wenig, wenn man bedenkt, dass in Cité Soleil, einem Armenviertel von Haitis Hauptstadt Port-au-Prince, in nur zehn Tagen im Juli 470 Personen, meist Frauen und Kinder, in Bandenkriegen ums Leben kamen, gefoltert, vergewaltigt, enthauptet oder lebendig verbrannt. Bulldozer wälzten die Slumhütten nieder, und bis an die Zähne bewaffnete Jugendliche, die rivalisierenden Gangs angehörten, schossen auf alles, was sich bewegte.

Jona, einer alleinerziehenden, minderjährigen Mutter, gelang in letzter Sekunde die Flucht, doch ihr Baby wurde von Kugeln getroffen, und sie begrub es in einer Schachtel am Strand. Die Kämpfer waren und sind besser ausgerüstet als die Polizei, und die Ausschreitungen griffen aufs Stadtzentrum über mit Regierungspalast, Zentralbank und dem mit Straftätern überfüllten Pénitencière National. «Wenn das hier nicht die Hölle ist, wo ist sie sonst», ruft eine Anwohnerin, aber die internationale Gemeinschaft schaut weg, weil Haiti nur eine Fussnote der Geschichte ist und der Ukraine-Krieg weit mehr Tote fordert.

Das Gegeneinander-Aufrechnen von Todesziffern ist moralisch fragwürdig, weil niemand weiss, wo die Grenze zwischen einem Bürgerkrieg, einem Massaker oder einem Genozid verläuft. Und im Vergleich zur Shoah, der versuchten Auslöschung der europäischen Juden, werden Hunderttausende von Toten in Rwanda und Kambodscha fast zur Quantité négligeable.

Papst Franziskus spricht deshalb von einem kulturellen Völkermord, denn der Genozid der Türken an den Armeniern zum Beispiel zielte nicht auf deren physische Vernichtung, sondern auf die Auslöschung ihrer Kultur, ähnlich wie das Vorgehen der Spanier gegen Azteken und Inkas oder die Niederschlagung des Herero-Aufstands in Deutsch-Südwestafrika.

Doch derartige Differenzierungen sind kein Trost für die Opfer und entbinden die Völkermörder nicht von ihrer Verantwortung. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat nicht nur serbische Täter, sondern auch Warlords aus Afrika für Menschheitsverbrechen bestraft.

Was in Haiti passiert, ist kein kultureller Genozid – Musik, Malerei und Literatur blühen, den Gewaltexzessen zum Trotz –, sondern ein schleichender Völkermord: die sich beschleunigende Abwärtsspirale eines gescheiterten Staats, der 1804, inspiriert von Idealen der Französischen Revolution, von Ex-Sklaven gegründet, machtgeierigen Eliten und ausländischer Einmischung anheimfiel.

Nicht die Regierung hat hierzulande das Sagen, sondern kriminelle Banden, die Durchgangsstrassen kontrollieren und die Armenviertel als Depots für Waffen und Drogen, Verstecke für Geiseln und zum Rekrutieren von Kindersoldaten nutzen. Die Polizei ist Teil des Problems, nicht die Lösung, und wer sich weigert, Wegzölle oder Bestechungsgelder zu zahlen, und einer Gang namens G9 oder GPEP in die Quere kommt, hat sein Leben verwirkt. Deren

Fast scheint es, als schrieben sich die Greuel der Sklaverei wie auch des Befreiungskriegs als Fluch für künftige Generationen fort.

Anführer, allen voran Jimmy Chérizier alias Barbecue, geben im Fernsehen Interviews, prahlen mit ihren Siegen und vergleichen sich mit den Vorkämpfern der Sklavenbefreiung und der Unabhängigkeit.

Der Alltag in Haiti ist unlebbar geworden. Ein Beispiel: Emily, die Hausangestellte meiner verstorbenen Tante Lucienne, erwarb mit ihren Ersparnissen ein Grundstück in Croix-des-Bouquets und baute sich ein kleines Haus, das nach der Fertigstellung abgefackelt wurde bei Kämpfen um die Kontrolle der Strasse nach Port-au-Prince. Und ihre Nichte, eine hochbegabte Balletttänzerin, wurde von ihrem Verlobten mit Aids infiziert und musste sterben, weil Medikamente gegen HIV unbezahlbar sind.

Es ist nicht leicht, über Haiti zu schreiben, wenn man den Inselstaat liebt und wie ich familiäre Bindungen dorthin hat. Ende des 19. Jahrhunderts liess mein Grossvater sich als Pharmazeut und Botaniker hier nieder und heiratete eine Einheimische. Damals hatte Haiti knapp eine Million Einwohner, heute sind es geschätzte 15 Millionen. Das Land, kleiner als die angrenzende Dominikanische Republik, ist überbevölkert und durch Raubbau ökologisch zerstört, ein Armenhaus und ein Herd sozialer Unruhen, der sich weder einfrieden noch auf Dauer ignorieren lässt.

Die Zurückweisung der Boat-People, die US-Küstenwächter erst aus Seenot retten und dann nach Guantánamo oder Port-au-Prince verschiffen, ist keine Lösung des Problems. Und Haitis vitale Kultur kann das Elend nicht kompensieren; dieses trifft gerade die verwundbarsten Teile der postkolonialen Gesellschaft. So, als schrieben die Greuel der Sklaverei wie auch des Befreiungskriegs sich als Fluch für künftige Generationen fort.

Was das Leben trotzdem erträglich macht, ist der Galgenhumor der Haitianer, die ihr Land als besten Albtraum der Welt oder als Bestätigung der Chaostheorie bezeichnen – das Chaos, sagen sie, sei älter als die Ordnung und setze sich stets aufs Neue durch.

Der Schriftsteller Hans Christoph Buch lebt in Berlin.

und dabei ihre Unabhängigkeit bewahren können. Denn der Ukraine-Konflikt zeigt auch, dass die Eigentumsverhältnisse privatwirtschaftlicher Akteure deren Verhalten in politischen Konflikten diktieren. Die Haltung chinesisch dominierter Unternehmen zu den Russland-Sanktionen verdeutlicht dies. Der Agrarkonzern Syngenta etwa (als das grösste solche Unternehmen mit Sitz in der Schweiz) begründet zwar seine fortgesetzte Geschäftstätigkeit in Russland allein mit der Gefahr einer weltweiten Hungersnot.

Diese Argumentation ist nachvollziehbar – auch wenn sie die Instrumentalisierung der Getreideversorgung durch Russland selbst unerwähnt lässt. Zugleich steht aber ausser Frage, dass chinesische Unternehmen hier den politischen Vorgaben Chinas folgen müssen. Das gälte erst recht, wenn der Westen mit Sanktionen auf einen allfälligen Konflikt um Taiwan reagieren wollte. Letzten Endes beruht die Fähigkeit westlicher Staaten, wirksame Wirtschaftssanktionen zu verhängen, auch auf der Stärke des eigenen Privatsektors im globalen Vergleich – es gibt einen Konnex zwischen der Förderung einer (völker)rechtsstaatlichen Agenda auf globaler Ebene und wirtschaftlicher Resilienz.

Trotzdem soll hier keineswegs einem unbedingten Primat der internationalen Wettbewerbsfähigkeit das Wort geredet werden, erst recht nicht auf Kosten sozialer und ökologischer Anliegen. Aber es wäre eine Form von Eurozentrismus zu glauben, dass Europa diese Anliegen stets autonom und autark verwirklichen kann – die derzeitige Energiekrise ist dafür ein deutliches Menetekel. Entsprechend darf sich die westliche Reaktion auf den Ukraine-Krieg nicht auf eine Neubeurteilung auf militärischer Ebene beschränken. Auch in Bezug auf die machtpolitischen Konflikte der nahen Zukunft gilt: «It's the economy, stupid.»

Lorenz Langer ist Assistenzprofessor für öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Zürich.